

Südböcker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südböcker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum 35 Pfg., Veramntungs-, Zeitungs- und Wohnanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 16.

Sonnabend, den 19. Januar 1918.

25. Jahrg.

Deutsche Kriegsziele im Osten.

In der vierten Sitzung der Spezialkommission von Brest-Litowsk, in der sich eine gewisse Annäherung vollzogen, erklärte Herr v. Kühnemann, Deutschland und Oesterreich-Ungarn hätten nicht die Absicht, sich die besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigten nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, mühten aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand vorzubehalten.

Mißtrauischen Deuten (und deren gibt es viele!) kann sofort der Gedanke kommen, daß auch z. B. Frankreich sich Marokko nicht einverleibt, sondern, daß es nur mit dem von seinen Gnaden regierenden Sultan Verträge aller Art abgeschlossen hat. Aber dieser Vergleich hinkt wenigstens auf einem Bein, denn die Polen, Litauer, Letten und Esten sind keine Marokkaner.

In anderer Beziehung mag er gelten. Zwischen Frankreich und Marokko sind ohne Einverleibung Verträge aller Art abgeschlossen worden, die Europa mehrmals an den Rand des Weltkrieges brachten. Und das kam daher, weil auf französischer Seite Absichten bestanden, die deutlich genug waren und sich doch nicht offen auswirken konnten, und weil daraus ein unklares, vieldeutiges, schielendes Verhältnis entstand. Ähnliche Verhältnisse wünschen wir an der Ostgrenze unseres Vaterlandes nicht entstehen zu sehen. „Die Art“, schreibt Prof. Otto Hoersch in der „Kreuzzeitung“, „in der Deutschland in Brest das Selbstbestimmungsrecht der Nationalitäten praktisch verwendet, nimmt dem bisherigen russischen Reich mehr ab, als wir brauchen, und wirkt annektionistischer als das, was aus militärisch-strategischen Gründen zur Erweiterung unseres Gebietes im Osten gefordert wird. Der Kampf um diese Unklarheit über die deutschen Kriegsziele im Osten hat die Krisis, die wir gegenwärtig durchzumachen haben, so verworren gemacht, wie noch keine Krisis im ganzen Verlaufe des Krieges.“

Wird das Selbstbestimmungsrecht der besetzten Länder offen und ohne jeden annektionistischen Hintergedanken verwirklicht, dann wird die Verwirrung mit dem Friedensschluß, den wir trotz alledem erschaffen, keineswegs enden, sondern erst recht beginnen. Wird Rußland unter der jetzigen oder einer anderen Regierung damit einverstanden sein, daß zwischen den Mittelmächten und jenen Ländern ewige Verträge geschlossen werden, die den Abschluß ähnlicher Verträge in den vertragsschließenden Ländern selbst nicht einer starken, vielleicht wachsenden Opposition begegnen? Und werden nicht in Deutschland selbst aus östlichen Marokkanisierungsbestrebungen Schwierigkeiten und Konflikte jeder Art entstehen?

Man denke nur den Fall, in Polen würde ein König eingesetzt, die Polen aber bekämen sich nach einiger Zeit eines andern und wollten den Mann wieder fortjagen. Glaubt man, daß sich in Deutschland freiwillig eine Hand rühren würde, um den polnischen Königsthron zu stützen? Glaubt man, das deutsche Volk würde auch nur einen Tropfen seines Blutes versprechen wollen, um die Entstehung einer polnischen Republik zu verhindern? Die Sozialdemokratie ist allerdings nicht ganz so bolschewistisch wie Herr v. Kühnemann, der selbst Teilen einer Nation das Selbstbestimmungsrecht zugeschieben will, aber für Polen, Litauen, Kurland usw., die fremdstämmig sind, würde sie stets und unter allen Umständen das Recht der vollen Selbstbestimmung anerkennen bis zur Lösung von Deutschland. Ein Marokkanisierungsvertrag, falls ein solcher beabsichtigt sein sollte, könnte keine haltbaren Zustände, sondern nur neue Verwirrung und Verwickelung schaffen.

Will man das alles nicht werden lassen, dann ist es hoch an der Zeit, daß man sich endlich klar und offen über die Verträge ausspricht, die man zur Begründung des neuen Zustandes schließen will. Es handelt sich dabei ja nicht nur um Verträge mit Polen, Litauen, Kurland und jenen Teilen Litwands und Estlands, die ihr Selbstbestimmungsrecht geltend machen wollen, sondern auch um Verträge mit Oesterreich-Ungarn. Alle diese Verträge sind außerordentlich wichtige Kriegsziele; wenn wir aber fragen, was die Regierung da eigentlich will, so tappen wir vollständig im Dunkeln.

Es ist versprochen worden, daß alle diese neuen Abmachungen von Polen, Litauen und Kurland durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage sanktioniert, d. h. doch wohl unter Umständen auch nicht sanktioniert werden sollen. Würde eine solche Sanktion nur von polnisch-litauisch-kurländischer und nicht auch von deutscher Seite erfolgen, so gerieten die Deutschen gegenüber den Polen usw. arg ins Hintertreffen. Auch für das deutsche Volk entscheidet sich beim Abschluß jener Verträge ein wichtiger Teil seines Lebensschicksals. Und darum ist das Verlangen begründlich, daß an ihrem Abschluß nicht bloß das polnische, litauische, lettische, sondern auch das deutsche Volk lebendigen Anteil nehme. Darum ist es auch mehr als müßige Neugierde, wenn wir immer wieder fragen, wie sich die Regierung eigentlich den Vertragskomplex vorstellt, der das neue Mitteleuropa schaffen soll.

Wir haben das lebhafteste Interesse daran, daß der Frieden mit Rußland keine diplomatische Mißge-

hurt wird, voll Unklarheiten, Zweideutigkeiten, Hinterhältigkeiten, Konfliktstoffen. Und der bisherige Gang der Verhandlungen berechtigt zu der Sorge, daß der Frieden gerade ein solcher werden könnte, wie wir ihn nicht haben wollen, wie er zum Heile Deutschlands und Europas nicht werden darf.

Das militärisch grob zugebaute Sicherungsprojekt, das sich nach Prof. Hoersch mit weniger begnügen will als der diplomatisch feinausgeklügelte Anlehnungsplan, bekämpfen wir grundsätzlich und halten es für tatsächlich ausgegeben, weil seine Undurchführbarkeit erkannt worden ist. Die tatsächliche Undurchführbarkeit auch des diplomatischen Plans wird früher oder später gleichfalls zutage treten, er wird scheitern an dem Ernst, den die bisher russischen Grenzvölker mit ihrem Selbstbestimmungsrecht machen werden, und an dem Nachdruck, mit dem die wachsende Macht der Demokratie in Deutschland selbst die Ansprüche jener Völker auf wirklich freie Selbstbestimmung unterstützen wird. Wäre es da nicht besser, gar nicht erst angefangen zu haben?

Je weniger Polen, Litauen und Kurland Neigung zeigen werden, sich durch einen Akt des Selbstbestimmungsrechts ihrer künftigen freien Selbstbestimmung zu begeben, desto besser wird es für sie sein, für Deutschland, für Rußland und für die Beziehungen der Völker zueinander, die darauf angewiesen sind, jedes in voller Freiheit, in dauerndem Frieden miteinander zu leben.

Die Friedensverhandlungen.

Die Verhandlungen der deutschen, österreichisch-ungarischen Delegation mit den Ukrainern nehmen einen günstigen Verlauf. Hauptsächlich ist daselbe auch bald von den Verhandlungen mit den Russen zu melden.

Der vorliegende Bericht besagt: Brest-Litowsk, 17. Januar. Bei der heute zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung wurde eingehend das bisherige Ergebnis der über die politischen Fragen vertraulich gepflogenen Unterredungen resümiert. Graf Czernin hob hierbei den für die Brest-Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Einmütigkeit des einen Teils in die inneren staatlichen Angelegenheiten des andern ausgeglichen sei. Andererseits bestehe Einverständnis darüber, daß bei dem Zustandekommen eines der Entwicklung eines dauernden freundschaftlichen Verhältnisses sicherstellenden Friedens die beiden Teile bereit seien, sich unter der Voraussetzung voller Gegenseitigkeit über verchiedene sie interessierende politische und kulturelle Fragen auszusprechen. Hierbei wies Graf Czernin beispielsweise auf die Besprechung der Sicherstellung des Schicksals jener polnischen Minoritäten hin, die dem künftigen ukrainischen Staat etwa angeschlossen werden. Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerkens zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in die weiteren Verhandlungen eintreten werde. Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solchen Divergenzen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen der Vereinbarungen zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden so weit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustausches erstreckten. Der Gang dieser Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befriedigenden Abschlusses berechtigt erscheinen. Die Weiterberatungen sind einer Spezialkommission übertragen worden, die die Arbeiten sofort aufnehmen und mit tunlichster Beschleunigung durchführen wird.

Ueber die Kommissionsverhandlungen in Petersburg

liegt folgender Bericht der Wiener Telegraphenbur aus Brest-Litowsk vor: Laut der vom Generalkonsul von Hempel aus Petersburg eingelaufenen Meldung nimmt der bisher schleppende Verlauf der Verhandlungen der Petersburger Kommission in den letzten Tagen einen günstigen Fortgang. Es gelang bei der Erörterung über die Eröffnung der Privatpost und des Zeitungsverkehrs mit Rußland die bisher auf russischer Seite vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden. Es kann bereits zur Formulierung der getroffenen Vereinbarungen geschritten werden. Zur Verhandlung über den wechselseitigen Austausch von Arzneiwaren wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am 16. Januar begann.

Eine Friedensdebatte.

Im Budgetauschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses verlangten sozialdemokratische Redner vom Ministerpräsidenten, er solle den Grafen Czernin von der Stimmung der Bevölkerung unterrichten, die einen Friedensschluß in Brest-Litowsk, aber auch einen allgemeinen Frieden verlange. Der christlich-sozialen Mataja gab im Namen der deutsch-bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, die als oberste Richtschnur für die Angelegenheiten der

Politik des Neuen festsetzt, daß alles zu unterlassen sei, was die Stellung der Vertreter in Brest-Litowsk erschweren kann. Auch die deutsch-bürgerlichen Parteien hielten eine parlamentarische Erörterung der Brest-Litowsker Verhandlungen für notwendig; dazu sei aber der Ausschuß der Delegation für Neufahrten berufen. Jede Hinauszögerung der Verhandlungen in Brest-Litowsk erscheine als Gefährdung eines erreichbaren Sonderfriedens. Die Deutsch-bürgerlichen stellen fest, daß sie in den Erklärungen Lord Georges und Wilsons keine Grundlage für den Friedensschluß sehen. „Wir stehen auf dem Standpunkte der Souveränität des österreichischen Staates und lehnen jede Einmischung des Auslandes in innere Verhältnisse der Monarchie ab“. Der Deutschfreisinnige Zentner trat den Ausführungen Matajas entgegen und erklärte, daß die deutsche Bürgererschaft ebenso denke, wie die deutsche Arbeitererschaft. Der tschechische Standpunkt neuerlich seinen Standpunkt hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts, auf Grund dessen der Völkerfriede gesichert wäre. Auch ein Redner der Südslaven erklärte, das Volk verlange nichts anderes als einen guten Frieden und hob die internationale Bedeutung der südslavischen Frage hervor.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.
WBB, Berlin, 18. Januar, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 18. Januar. (Amtlich.)
Keine besonderen Ereignisse.

Frankreich und Belgien.

Der Cail্লাu-Scandal
Die französische sozialistische Kreise erwarten weitere Verhaftungen. Die französische sozialistische Kreise verlangen heute mit verstärktem Nachdruck die Bekanntgabe der Dokumente, die die Verhaftung Cail্লাu veranlaßten, da der Schuldweis durch die bisherigen Bekanntmachungen durchaus noch nicht erbracht sei. „Bataille“ erklärt: Die Öffentlichkeit warte mit Beklemmung auf eine genaue Wiedergabe der Tatsachen. Es wäre selbst unter dem Vorwand diplomatischer Notwendigkeit ein gesellschaftliches Spiel, die Veröffentlichung der Tatsachen verschoben zu wollen; es gehe um das Leben des Landes, um den Grundgedanke der Freiheit und um die Aktion vor der Zukunft.

Rußland.

Zusammentritt der russischen Nationalversammlung.
Petersburger Nachrichten zufolge haben sich die Volkskommissare dazu entschlossen, die konstituierende Versammlung heute zusammentreten zu lassen. Aus ihren Kreisen rechnet man mit der Möglichkeit von Demonstrationen. Die Volkskommissare sind darauf vorbereitet, daß die Eröffnung der Konstituante eine schwere Belastungsprobe für ihre Herrschaft sein wird. Nach weiteren Mitteilungen aus Petersburg macht sich die Abwesenheit Trozki sehr fühlbar. Er beabsichtigt daher, die Verhandlungen in Brest-Litowsk den anderen Kommissionsmitgliedern zu überlassen und selbst in Petersburg nach dem rechten zu sehen.

Gibt der Front Brot und Fourage!

In Berlin wurde folgender Funkspruch an die russischen Eisenbahner aufgegeben:
An alle Stationen mit allen Mitteln und auf jedem Wege An alle Eisenbahner.

Kameraden!

In schwerer Stunde wenden wir uns an Euch im Namen der hungernden Arme. Nur noch ein wenig Geduld in dieser furchtbaren Minute! An der Front ist keine Verpflegung vorhanden. Es gibt keine Futtermittel. Die Regimenter leiden buchstäblich Hunger. Die Zukunft des Landes, die Zukunft der Revolution, ist in Euren Händen. Eure Geduld ist durch die Ueberfälle mörderischer Banden erschöpft, aber heißt die Zähne zusammen und im Namen des Volkswohles, im Namen der in Qualen danielerliegenden sozialen Staatsordnung: Alle auf zur Hilfe in dieser Stunde! Mit den Säubern werden die Soldaten der sozialen Armee des Rußlands der Arbeiter und Bauern unbarmherzige Abrechnung halten. Sie werden es nicht zulassen, daß die Nichtswürdigen den Namen des Volkes beschimpfen und das Glück Eurer Mitbürger (?) vernichten. In den nächsten Tagen werden wir mit den Waffen in der Hand eure Arbeit beschirmen. Gebt uns aber Zeit, herbeizuhelfen den Ernst der Stunde, spant in dieser entscheidenden Minute noch einmal alle Kräfte an, geht der Front Brot und Fourage, rettet sie vor weiterem Hunger. Nur eure bis zum Neuesten angelegte Arbeit kann die Revolution retten. Jeder einzelne möge durchhalten und alle mögen im Namen der Zukunft zu Hilfe eilen. Jeder auf seinen Posten, jeder an seine Stelle!

Im Namen der Revolution: Das Zentralkomitee für das Verriegungs- und Verpflegungsamt der Armee. Das Militärärztliche Verpflegungs-Komitee. Der Rat der Volkskommissare für militärische Angelegenheiten und der Kommissar für das Ver-

erwerbstätig sind, nach der Rückkehr des Mannes und Ernäh-
rens sich wieder ganz ihren Hausfrauen- und Mutterpflichten
widmen werden, so bleiben doch viele Frauen übrig, die auch nach
dem Friedensschluß auf Erwerb angewiesen sind. Wir nennen
nur die Witwen, die Frauen von ungenügend versorgten Kriegs-
beschädigten oder von Arbeitern und Angestellten mit nicht aus-
reichendem Verdienst. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist
in Deutschland zurzeit 4 1/2 Millionen. Wenn diese Frauen nach
dem Friedensschluß, wie angunehmen ist, meist wieder durch
Männer ersetzt werden, so ist eine große Arbeitslosigkeit von
Frauen und Mädchen zu befürchten. Die Arbeitslosen würden
zum Teil der Armenpflege anheimfallen; für einen anderen Teil
besteht zweifellos die Gefahr, in die Prostitution hinabzusinken.
Die Nationale Frauengemeinschaft schlägt in ihrem Antrage an
den Oberbürgermeister vor, zur Bearbeitung und Klärung der
erwähnten Fragen möglichst bald einen Ausschuß zu bilden
und mehrere Frauen an dessen Arbeiten teilnehmen zu lassen. Für
die Vorarbeiten macht der Antrag folgende Vorschläge:

1. Statistische Aufnahmen in allen Betrieben, die Frauen beschäftigen.
 2. Vorbereitungen zu Kostiarbeiten für arbeits-
lose Frauen, zum Beispiel: ein Stück Land kultivieren, Obststän-
den vergrößen, Obstbäume anpflanzen, Gießrinnen und sogenannte
Züßorgestellen veranlassen, in ihren Betrieben die Ausschere-
nung und Umarbeitung von Militärsachen, Anfertigung von Wäsche und
Bekleidung für die unbemittelte Bevölkerung aufzunehmen, ferner
in einzelnen Stadtteilen Wäschereien einzurichten, in denen für
Minderbemittelte gegen Entgelt Wäsche gewaschen, Wäsche ge-
bügelt und ausgebessert wird.
 3. Andere Städte anzuregen, dasselbe zu tun.
 4. Bei der Regierung vorzuschlagen zu werden, damit sie ne-
bige Maßnahmen trifft, die die Rückkehr der zurückgekehrten Ar-
beiterinnen an ihren Heimort möglichst erleichtern.
- Eine der wichtigsten Voraussetzungen scheint uns der Anteil
der Nationalen Frauengemeinschaft zu übersehen. Namentlich ist
nämlich vor allem, daß die Industrie nicht eine planlose Entlar-
zung von Arbeiterinnen vornimmt und sich dabei lediglich von
den kapitalistischen Interessen des Unternehmens leiten läßt. Die
Unternehmer müssen durch irgendwelche Anordnungen oder Ver-
ordnungen angehalten werden, bei der Aufnahme von Arbeiter-
innen auf die Verhältnisse der einzelnen und auf die gesamt-
liche Lage des Arbeitsmarktes Rücksicht zu nehmen. Dazu werden noch
besondere Vorschläge zu machen sein.

Die Hauptursachen der Invalidität.

Den Kriegshekern seien als Anregungsmittel zum Nachdenken
ein paar Zeilen unter die Augen gehalten. In ihrem Jahres-
bericht für 1916 gibt die Landesversicherungsanstalt
der Hansestädte Auskunft über die Hauptursachen der
Invalidität der Rentempfänger. In rund einem
Drittel der Fälle bestand die Invaliditätsursache in Ent-
kräftung, Blutarmut oder anderen Krankheiten des Blutes
und Altersschwäche. Tuberkulose bildete in 2800 von ins-
gesamt 36 493 Fällen die Ursache der Invalidität. Die Landes-
versicherungsanstalt Hannover mußte gar in 30 v. H. aller In-
validitätsfälle als Ursache Entkräftung, Blutarmut und Alters-
schwäche benennen, die der Rheinprovinz in 22 v. H. Bei der
letzteren Versicherungsanstalt war Hauptinvaliditätsursache die
Lungenentzündung in 27 v. H. aller Fälle.

Dem, der denken mag, müssen diese Zahlen die Ueberzeugung
aufbringen, daß sich an der Minderheit verhält, wer der Kriegs-
verlängerung auch nur um einen Tag aus Unvorsichtslüssen das
Wort redet.

Die Kohlrübe — als Frischgemüseersatz.

Sie kommt wieder — die Kohlrübe, die im vorigen Jahre
der Schwere der Produktion war. Wiederholt ist im Laufe der
letzten Sommer erklärt worden, ein neuer Kohlrübenwinter soll
dem Volke erlöst werden. Man hält insofern Wort als man
die Kohlrübe zum Frühjahr den Verbrauchern beisehen will
Sie soll ihnen in mancherlei Formen und Apparaten vor sich
werden. So weist ein Rundschreiben der Reichsstelle für Gemüse
und Obst die Provinzialstellen an, festzustellen, welche Wä-
schkohlrüben zur Verfügung gestellt werden können. Einzelne
Stellen sind bereits die Menagen genannt worden, die angefor-
dert werden sollen. Die Kohlrübe soll verwendet werden als Früh-
gemüseersatz und zur Herstellung von Sauerkraut und Dörrobst.
Auch die Kunkelrübe wird in Anbacht genommen, und zwar
vom Kriensausbau für Kaffee und Tee und deren Ersatzmittel.
Ferner wird sie von der Heeresverwaltung als Futtermittel ge-
braucht. Um die Produzenten zu veranlassen, freiwillig recht die
Rüben zu liefern, wird ihnen ein hoher Preis in Aussicht gestellt.
Für den Feinverbraucher sollen sie 3 Mark, für den Fein-
verbraucher 2 50 Mark erhalten. Mit der Zustimmung gebrühter
werden zu werden, nur die gezeichneten Sorten, pro 100 Pfund
und 1 50 Pfund. Bei einer Ueberzeugung als eine wesen-
liche Ueberzeugung der Dörrkohlrübe. Was wird der Staatsan-
walt dazu sagen? Wird er das dulden? Wo u werden überhaupt
noch Kohlrüben verkauft, wenn sie in dieser Weise von den
Reichsstellen überhand nehmen? Wenn Herr v. Waldow es
duldet, wird er nicht alle — da er ja gegen alle Dörrkohlrüben
überschreitender der Behörden strenge Maßnahmen angeländert
hat — ein Strafverfahren gegen sich selbst beantragen müssen
im üblichen Verfahren man die Produktion mit der Kohlrübe
Man gebe sie dem Vieh, und den Menschen solle man we-
Kartoffeln zur Verfügung. Kürzlich wurde ja ganz ernstlich der
Blas erwohnen, mehr Kartoffel zur — Verfügung zu stellen
geben. Das reichliche Kartoffeln vorhanden sind, ist bekannt, und
es stellt sich auch heraus, daß ein Teil der Vorräte verheimlicht
wird. Was das Land die Kohlrübe behalten, dafür aber so viel
Kartoffeln abzurufen, daß die städtische Bevölkerung ausreichend
mit diesem Nahrungsmittel versorgt werden kann, für den
Freiheimversuch in der Form der Kohlrübe dankt sie bestens.

Der Mangel an ausreichenden Aufstreichmitteln macht sich
immer fühlbarer bemerkbar. In der nächsten Woche gibt es
Butter überhaupt nicht, 30 Gramm Margarine, 40 Gramm
Feintalg und 125 Gramm Marmelade gelangen zur Verteilung.
Die als Margarine bezeichnete „Masse“ kann jedoch ihres ekel-
haften Geschmacks wegen häufig als Aufstreichmittel nicht in Frage
kommen, ebensowenig natürlich der Feintalg. Es bleiben uns also
nur die 125 Gramm Marmelade zum Aufstreichen. Was soll man
damit anfangen? Man wird uns sagen: Wir bekommen
nicht mehr überwiegen und können deshalb auch nicht mehr geben.
Wie kommt es aber, daß, worauf wir schon wiederholt hingewiesen
haben, andere Städte mehr Aufstreichmittel verteilen können?
In Hamburg z. B., wo es in nächster Woche
allerdings auch keine Butter, sondern nur Margarine gibt, werden
200 Gramm Marmelade verteilt. In der jetzt abgelaufenen
Woche erhielt die dortige Bevölkerung 250 Gramm Kunst-
honig. In Wandsbek gibt es nächste Woche 250 Gramm
Kunsthonig. Auch in anderen Städten werden jede Woche
mindestens 200 Gramm Aufstreichmittel verteilt. Warum
macht Lübeck hier eine Ausnahme? Was haben wir
verborgen, daß wir von der Reichsstelle so schlecht bedacht werden?
Wir halten es für ein selbstverständliches Recht der wohnenden
Stellen in Lübeck, immer wieder in Lübeck auf eine Verteilung
der Zurückführung Lübeds bei der Verteilung der Aufstreichmittel
hinzuwirken. Die Reichsstelle hat im Herbst wiederholt mit
Lübeck erklärt, daß 30 Gramm Aufstreichmittel auf den Kopf und Tag
entfallen würden. In dieses Versprechen muß sie kategorisch ein-
rennen werden.

Die Medevpflicht vermittelbarer Räume. Nach einer in dieser
Nummer enthaltenen Bekanntmachung ist die Medevpflicht ver-
mittelbarer Räume für den Stadtteil Travemünde aufgehoben wor-
den. Warum, ist uns nicht bekannt. Es wird dabei nochmals
darauf hingewiesen, daß im übrigen nicht nur sämtliche vermittel-
baren Wohnungen des gesamten Stadtgebietes und der Land-
gemeinde Schönbrunn, und zwar auch Wohnungen, die ursprüng-
lich für Angehörige von Fabriken usw. errichtet sind, sondern auch
alle sonstigen Räume, die bisher nicht als Wohnräume be-

Der amtliche Kriegsbericht.

W. B. Großes Hauptquartier, 18. Januar. (Amtlich.)
Wöchlicher Kriegshauptlag.
Verbäther Artillerielampf im Stellungsbogen nordwestlich
von Ypern, auf dem Südbufer der Scarpe und in der Gegend
von Moenre. Auch an vielen Stellen der übrigen Front,
namentlich zu beiden Seiten der Maas, war die Artillerietätigkeit
geleigert. Würdlich von Besonvau hielten Stochtrups
Gefangene aus den französischen Linien.
Deftlicher Kriegshauptlag.
Nichts Neues.
Mazedonische Front.
Im Cernabogen lagen unsere Höhenstellungen nordwestlich
von Paralowo unter Artillerie- und Minenfeuer.
Italienische Front.
Die Lage ist unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister,
Lubendorff.

nicht sind, sich aber mit geringfügigen baulichen Veränderungen
dazu herrichten lassen, dem Zwedzang unterliegen.

Ein schwere Unglücksfall ereignete sich heute morgen zwischen
7 und 8 Uhr auf der Köhlschen Schiffswerft. An dem Dampfer
„Hornfels“ sollten Reparaturen vorgenommen werden; fünf Ar-
beiter waren auf einer Stellage hiermit beschäftigt. Pöhllich
brach die Stellage und die fünf Mann stürzten in den Raum;
drei derselben trugen leider erhebliche Verletzungen an Kopf, an
der Brust, resp. Arm- und Beinbruch davon. Zwei erlitten nur
geringere Verletzungen. Es handelt sich um die Richter Schü-
mann, Brückmann, Pauls und Bahmann, sowie um
einen Arbeiter, der erst am Dienstag eingestrichelt wurde.

Konzert am Sonntag. Wir weisen an dieser Stelle noch einmal
hin auf das am Sonntag nachmittags 4 1/2 Uhr im Marmoraal
stattfindende Konzert, für das die Kammermusikvereinigung der
Herren Professor Hofmeier, Konzertmeister Spanto und Solocellist
Corbach verpflichtet ist. Das Programm wird eingeleitet von
zwei Trios für Klarinette, Violine und Cello von Handl und
Beethoven, vorwiegend auf einen heiteren Ton abgestimmte Werke,
die jedem leicht verständlich sind. Zudem bringt das Programm
eine längere Einführung in beide Trios, die auch die letzten
Schwierigkeiten beseitigt. Man höre wohl manchmal die Ansicht
vertreten, daß solche Musik „zu hoch“ sei. Nichts ist falscher. So-
wohl Handl wie Beethoven mühen keinem Hörer ein Maß von
Bescheidenheit zu, das nicht jeder besitzt, der an wirklich schöner
Musik herzliche Freude hat. An Solocellist spielt Herr Corbach.

Angenehmer Vortrag. Der für Donnerstag Abend an-
gekündigte Vortrag des Feldpredikers Dr. Clame mußte, wie uns
mitgeteilt wurde, leider ausfallen, da der Redner durch Erden-
beben verhindert war. Glücklicherweise zu erreichen. Voraus-
sichtlich wird der Vortrag an einem späteren Abend stattfinden,
worauf näheres noch bekannt gegeben wird. Die gelösten
Karten behalten einwöchentlich ihre Gültigkeit.

Elisabeth von Schmidt-Pauli wird, wie man uns schreibt, am
21. ds. Mts. im Marmoraal des Theaters in Lübeck einen Vor-
trag mit dem Titel „Amerika und wir. Meine Eindrücke in
Amerika während der Kriegsjahre 1914, 1915, 1916“ halten.
Fraulein Schmidt-Pauli scheint ganz besonders berufen zu diesem
hochinteressanten Vortrag, denn sie hat, als genaue Kennerin der
amerikanischen Verhältnisse in den Kriegsjahren, gerade wäh-
rend der Kriegszeit wie kaum ein anderer Gelegenheit gehabt,
in die politischen, sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse Ame-
rikas einen tiefen Einblick zu nehmen. Sie fuhr zu Beginn des
Krieges aus eigener Initiative von Deutschland nach Amerika
mit dem ganz bestimmten Zweck, das Deutschtum in Amerika zu
fördern und für Volk und Regierung Deutschlands gegen die völli-
ge Verleumdung seitens der Amerikaner zu kämpfen. Es gelang ihr,
in Universitäten, in Theatern, Vereinen und Salons öffentliche
und private Vorträge zu halten und den deutschen Gedanken in
den verschiedensten Kreisen und Schichten Amerikas mit Nachdruck
zu vertreten. Die Erbitterung der Amerikaner über die Lor-
derung der „Lustitia“ trieb sie, wie viele andere Deutsche, aus
dem Lande. Ein Jahr später wurde sie jedoch von Deutsch-
Amerikanern wieder zurückgerufen und war als Rednerin für die
amerikanische Offiziershilfe in verschiedensten Teilen der Ver-
einigten Staaten tätig. Sie konnte in verhältnismäßig kurzer
Zeit eine Million Mark für die Dörrkohlrüben sammeln und hatte
versteht bei dieser Werbestätigkeit die reichste Gelegenheit, den Man-
n amerikanischer Geistes Deutschland gegenüber zu studieren.
Sie wurde während seiner Waffensammler persönlich vor-
gestellt und weiß auch aus dieser Zeit außerordentlich bezeichnende
Einzelnheiten über den Charakter des einzelnen Amerikaners wie
über den der Gesamtheit zu berichten.

Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht veranstaltet am
Sonntag, dem 20. d. M. im Restaurant „Monsieur“, Johannis-
straße 25 eine Klubausstellung. Wenn nun auch diese Ausstellung
nicht mit den früheren allgemeinen Ausstellungen zu vergleichen
ist, so werden doch sehr gute Tiere in Hühnern und Tauben zur
Echau gebracht, da jeder Züchter bei der jetzigen Futterknappheit
nur keine besten Tiere durchhält. Der Verein verfolgt mit seiner
Ausstellung weiter einen anerkennenswerten Zweck, da der ge-
samte Ueberfluß dem Landesausfluß für Kriegsverletzte für
Sorge übermitteln soll. Es dürfte sich daher ein recht reger
Besuch empfehlen.

2. Volkstümlicher Abend. Am Freitag dem 25. Januar
findet, wie man uns schreibt, wieder ein volkstümlicher Abend im
Hansatheater statt. Aus dem reichhaltigen Programm sei erwähnt,
daß Herr Fritz Wähne mehrere Lieder vorträgt. Fräulein Grete
Först wird am Klavier begleiten und außerdem noch die Novel-
lette von Schumann zu Gehör bringen. Die Ansprache „Das
Gebet der Stunde“ hat Fräulein E. Paritz übernommen. Mit-
glieder des Hansatheater werden neuere Dichtungen deklamieren
und zum Schluß das Lustspiel „Er ist nicht euer“ aufzuführen.
Der Preis des Programms, das um Eintritt berechtigt, beträgt
nur 30 Wg. Vorverkauf im Holstenhaus, bei Nagel (Markt) und
Kobert (Breitenstraße).

Hansatheater. Uns wird geschrieben: „Juchens Fisterwaden“,
Operette in 4 Akten von Reimann und Otto Schwarz, den Ver-
fassern des auch hier gerne beliebten Volksstückes „Das Glücks-
wädel“, gelangt am Sonntag Abend im Hansatheater zur Auf-
führung. Das Stück wird Montag und Dienstag wiederholt. Am
Mittwoch und Donnerstag wird „Reise Sonne“ und „Zu-
saron“ nochmals gegeben. Freitag ist für einen volkstümlichen
Abend unter Mitwirkung hiesiger Kräfte und der Mitlieder des
Hansatheaters reserviert. Am Sonntag nachmittags 3 Uhr findet
in kleinen Räumen eine Wiederholung der Operette „Verheiratete
Junggesellen“ statt.

Wid. Liebesdrama. Am Dobersdorfer See er-
tränkte sich die Hausmädchen Olga G. anscheinend aus
Liebesgramm.

Hamburg. Entziehung der Knochen. Eine tief be-
dauerliche Maßnahme, durch die die ohnehin nicht geringen Er-
nährungsfragen der minderbemittelten Bevölkerung erheblich ge-
steigert werden, hat die Heeresverwaltung angeordnet, indem sie
verfügte, daß in Zukunft die bei den Militärbeschäftigten ab-
fallenden Knochen nicht mehr an die Bevölkerung ab-
gegeben werden dürfen, sondern für Heereszwecke ver-
wendet werden müssen. Das Kriegsverwaltungsgesamt hat nichts
unversucht gelassen, die Rippen und Knochen noch weiter für die

Bevölkerung zu erhalten und gleichfalls haben Vertreter der
„Produktion“, sowie der Gewerkschaften sich alle erdenkliche Mühe
gegeben, um die Heeresverwaltung zur Abnahme dieser Anord-
nung zu bewegen. Eindringlich haben sie die Schwierigkeit der
Versorgung geschildert, unter der besonders die minderbemittelte
Bevölkerung schwer zu leiden hat, aber alle Bemühungen haben
nur den einen Erfolg gehabt, daß die Schweineerippen usw.,
die die Schwerarbeiter auf die Rippenbezugsarten erhalten,
dem Kriegsverwaltungsgesamt weiter zur Ver-
fühlung gestellt werden. Die Kinderknochen, die bisher
der minderbemittelten Bevölkerung auf die Knochenbezugsarten
geliefert worden sind, kommen leider in Regfall. Das ist tief
bedauerlich, um so bedauerlicher, als die Ernährungsschwierig-
keiten infolge der Verkehrsstörungen eine Höhe erreicht haben,
welche die Ernährung der Bevölkerung aufs Schwerste gefährdet.
Die Maßnahme der Knochenentziehung wirkt um so einschneiden-
der, als gerade jetzt zu der Herabsetzung der Fettration
auch noch die Herabsetzung der Fleischration auf
200 Gramm erfolgte, und der Bevölkerung die zugesagte
Mehlration für die Brotkrumen nicht geliefert werden können. Im In-
teresse der Minderbemittelten Hamburgs, die nicht wissen, womit
sie, nun ihnen auch noch die Knochen entzogen werden, ihr bi-
schen Essen nahrhaft machen sollen, wäre es dringend er-
wünscht, daß die Heeresverwaltung ihre Anordnung nochmals
einer Prüfung unterzieht und, wenn irgend möglich, der Be-
völkerung die Knochen wieder zuwendet!

In Lübeck hat die Bevölkerung wohl Knochenarten erhal-
ten, aber keine Knochen!
Ragende. Raubmord. Der Bierträger Bopp fand abends,
als er um 11 Uhr vom Dienst nach Hause kam, seine Frau mit
durchschnittener Kehle tot im Zimmer. Das Zimmer war voll-
ständig durchmüht und mit Blut bespritzt, so daß ein Kampf des
Mörders mit dem Opfer katastrophal haben muß. Es fehlten
zwei Schinken und 600 Mark in barem Gelde. Von dem Täter
fehlt jede Spur. Es liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß der
Täter noch einen der Abendzüge erreichte. Von dem Mörder
fehlt jede Spur, obwohl seine Verfolgung sofort aufgenommen
wurde.

Schwermurder. Ein Konfessionsänderer ist jetzt hier aufge-
taucht. Zwei jungen Mädchen wurden an verschiedenen Abenden
in der Lannhöfer Allee, als sie einen kurzen Weg von Haus zu
Haus machten, die Hände in etwa 30 Zentimeter Länge abge-
schnitten. Ferner ist zwei anderen jungen Mädchen beim Durchgang
durch den Kreuzweg und in der Friedrichstraße der Zopf ab-
geschnitten worden.

Mord und Brandstiftung. In Breitenfelde
bei Groß-Perthom wurde eine polnische Köchin ermordet auf-
gefunden. Der Tat dringend verdächtig ist der flüchtige Schmitzer
Andreas Grerial. Bald nach Begehung der Mordtat ging das
Viehhaus in Flammen auf. Man bringt das Feuer in Ver-
bindung mit dem Mord. Das Vieh wurde getötet. Es erscheint
nicht ausgeschlossen, daß der Mörder das Viehhaus anzündete,
Selbstmord im Viehhaus durch Erhängen verübte und dann mit-
verbrannt ist. Aber auch als Verdeckung der Spur des Mörders,
der dadurch seine Flucht zu verwickeln hoffte, kann die Brand-
stiftung anzusehen werden. — Nach einer neueren Meldung hat
sich der Mörder auf der Breitenfelder Feldmark selbst das Leben
genommen.

Lübeck i. G. Aus dem fahrenden Zuge ge-
sprungen und getötet. Tot aufgefunden wurde an dem
Bahnsteig in Bürgerfelde der Eisenbahnarbeiter M. Er war
vom Zuge überfahren worden. Wie Mitfahrende erzählen, sei
er, um sich den Rücken vom Odenburger Bahnhof nach seiner
Wohnung zu sparen, aus dem in der Fahrt befindlichen Zuge
gesprungen, wie er auch sonst schon mit autem Glück getan habe.
Diesmal aber mißglückte bei der herbeiziehenden Blatte der wagen-
förmige Sprung und brachte ihm den Tod. Er kam so zu Fall, daß
ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde. M. hinterläßt
Familie.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge
im östlichen Mittelmeer. 4 Dampfer und 1 Segler mit rund
25 000 Brutto-Registertonnen.

Eines unserer Unterseeboote versenkte in Sicht der tripoli-
tanischen Küste den voll besetzten bewaffneten italienischen Trup-
pentransportdampfer „Regina Elena“ (7946 Brutto-Registertonnen).
Geschützfeuer von Land vermochte nicht, das U-Boot an
der planmäßigen Durchführung seines Angriffs zu hindern. Auch
die übrigen vernichteten Dampfer waren wegen ihrer Größe und
Ladung besonders wertvolle Angriffsobjekte. Sie befanden sich
fast alle auf dem Wege nach dem Orient und fuhrten sämtlich unter
starker Bedeckung. Unter ihnen konnte der bewaffnete, tief be-
ladene englische Transportdampfer „Epiraa“ (3620 Brutto-
Registertonnen) festgestellt werden, der in gut durchgeführtem An-
griff aus einem stark gesicherten Geleitzuge herausgeschossen wurde.

Von den beiden anderen Dampfern war einer englischer Na-
tionalität, bewaffnet und, nach den Holzaufläutern, zahlreichen
Sooten und Rettungsflößen zu urteilen, ein Truppentransporter,
der andere ein großer Dampfer, anscheinend der „R. and O.“
oder der „White Star-Linie“ mit Sprengstoffladung.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, 19. Januar. Im Reichstag hat der fortschrittliche
Abgeordnete Dr. Heßcher folgende kleine Anfrage gestellt: Das
„Wolffsche Telegraphenbureau“ verbreitet eine Auslassung des
halbsamtlichen Wiener „Freundenblattes“, in dem die Zeitung
für Staatssekretär von Kühlmann und gegen den ehemaligen
Reichsminister Fürsten Bülow Partei ergreift und sich damit
offenbarlich in eine ausschließlich deutsche Angelegenheit ein-
mischt. Ist der Reichsminister bereit, Auskunft darüber zu er-
teilen? In welchem Grunde das halbsamtliche „Wolffsche Tele-
graphenbureau“ diese Wiener Auslassung veröffentlichte und 2.
Ob gegen diese Ungehörigkeit des Wiener Blattes eine Zurück-
weisung Deutschlands erfolgen wird?

Genf, 18. Januar. Schweizer Blätter melden aus Washing-
ton: Präsident Wilson beabsichtigt, demnächst eine Konferenz zu
zusammenberufen, in der gemeinsame, feststehende und endgültige
Bedingungen aufgestellt werden sollen, die dann durch einen neu-
tralen Staat, wahrscheinlich Spanien, dem Vierbunde überreicht
werden sollen.

Briefkasten.

Infolge Verkehrsstörungen ist die gestern fällig gewesene
Nummer 2 des „Wahren Jakob“ leider ausgefallen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co.
Ermittelt in Lübeck

Um das noch brauchbare Futter für lange Dauer zu erhalten,
ist es rechtzeitig mit der Erntehilfe und „Dalle-Durch“ zu ver-
sehen, denn Schabernack mit Vögeln bis zur Innenkloble ist weder
erwartet, noch kommt zu helfen. — Nähere Auskunft gibt jeder
Schuhmacher oder die Hauptvertriebsstelle Carl Hans Kahl, Mühl-
straße 42, Lübeck. (287)

Warenausgabe

in der Woche vom 21. bis 27. Januar 1918.

1. Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und die Lebensmittelkarte.

Butter:	Abchnitt 9	30 Gramm	Margarine zum Preise von 12 Pfg.
Speisefett:	" 9	40 "	Feintalg zum Preise von 18 Pfg.
Zucker:	" 18-18	je 125 Gramm.	
Mühlensfabrikate:	" 11	125 Gramm	Gerstengröße zum Preise von 36 Pfg. für 1/2 kg
Auffrischmittel:	" 9	125 Gramm	Marmelade zum Preise von 90 Pfg. für 1/2 kg
Eier:	" 9	1 Ei	nur für Bezirk 1-4.

Auf die Bezugskarten des Lebensmittelkartenheftes und Margarine, Feintalg, Zucker, Mühlensfabrikate und Auffrischmittel in den Geschäften zu entnehmen, bei welchen die neue Anmeldung des Bezugsrechts erfolgt ist.

Auf die Lebensmittelkarten dürfen diese Waren nur in den auf der Rückseite der Karte vermerkten Geschäften verabfolgt und entnommen werden.

2. Auf die Wochenbezugsansweise für Militärlaube von 21. bis 27. Januar 1918.

Ganze Wochenmenge (wie bei der Lebensmittelkarte), mit Ausnahme von Eiern.

Salbe	15 Gramm	Margarine, 20 Gramm	Feintalg, 75 Gramm	Zucker, 75 Gramm	Gerstengröße, 75 Gramm	Marmelade.
-------	----------	---------------------	--------------------	------------------	------------------------	------------

Die Ware ist in den auf der Rückseite der Karte verzeichneten Geschäften zu entnehmen.

3. Auf die Zusatzkarte für Schwerarbeiter. Abchnitt 35

55 Gramm Feintalg zum Preise von 25 Pfg.

4. Auf Butterbezugshefte, 1/2 der höchstzulässigen Bezugsmenge und zwar 3 Teile in Margarine und 4 Teile in Feintalg.

Lübeck, den 18. Januar 1918. (26)

Das Polizeiamt.

Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Die auf Grund der Verordnung des Reichskommisars für die Kohlenverteilung vom 2. November 1917 im Einvernehmen mit dem Vertrauensmann erlassenen Vorschriften vom 14. November 1917 werden im § 1 Absatz 1 wie folgt geändert:

Abnehmer, welche im Kalenderjahr 1916 bis zu 150 Kilowattstunden verbraucht haben, werden von der Einschränkung zunächst nicht betroffen: sie sind jedoch verpflichtet, ihren Verbrauch, soweit irgend angeht, einzuschränken, und dürfen den Stromverbrauch des Vergleichsmonats nicht übersteigen. Die auf die einzelnen Vierteljahre entfallenden Strommengen sollen nicht höher sein wie

Januar/März	50 Kilowattstunden
April/Juni	21
Juli/September	21
Oktober/Dezember	58

Die gegenteiligen Bestimmungen vom 14. November 1917 sind aufgehoben.

Lübeck, den 19. Januar 1918. (275)

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 5 der Verordnung des Polizeiamtes vom 7. Dezember 1917 über die Ein- und Abmeldung von Mietern, zu Wohnzwecken geeigneter Räume in für das Gebiet des Stadtteils Nord- und Seebad Travemünde die Rechtskraft aufgehoben.

Lübeck, den 18. Januar 1918. (273)

Die Behörde für Wohnungspflege.

Bekanntmachung

betreffend die Abgabe von Kartoffeln.

Der Zuschlag für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:

I. Vom 21. bis 27. Januar d. J. dürfen auf Abchnitt 17 der gelben Kartoffelkarte 7 Pfund Kartoffeln mitgenommen und abgegeben werden.

II. Zuwiderhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

Lübeck, den 19. Januar 1918. (274)

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

Erben gesucht.

Am 29. Mai 1917 ist zu Hamburg verstorben die Grundbesitzerin

Anna, Dorothea, Wilhelmine Oldenburg

Witwe geb. Schütt.

geboren zu Lübeck am 27. Mai 1861, zuletzt wohnhaft in Hamburg, Süderstr. 65. Folgende Personen, und falls diese verstorben sein sollten, deren eheliche Nachkommen, sind — soweit ich bisher feststellen konnte — die näheren Erben der Verstorbenen: (264)

1. Charlotte, Friedrike, Catharine Schütt,

geb. 17. Mai 1858 in Lübeck.

2. Anna, Catharina, Dorothea Schütt,

geb. 27. Januar 1841 in Lübeck, verheiratet am 21. Mai 1898 mit dem Kaufmann Anton Carl Friedrich Meyer aus San Francisco.

3. Maria, Elisabeth Schütt,

geb. 24. Oktober 1845 in Lübeck.

4. Franz, Hinrich, Jochen Schütt,

geb. 5. November 1856 in Lübeck.

5. Wilhelmine, Catharina Elisabeth Schütt,

geb. 6. August 1857 in Lübeck.

Die unter 1, 3 u. 5 Genannten können auch verstorben sein.

Nachdem alle diejenigen, welche Ansprüche nach der letztwilligen Verfügung der Verstorbenen geltend machen wollen, hierzu auf unterzeichnetem Wege ihren Anspruch bis zum 1. März 1918 bei dem Unterzeichneten zu melden, sowie auch diejenigen, welche Ansprüche geltend machen wollen, dieses bis zum 1. März 1918 bei dem Unterzeichneten zu melden, die unterzeichneten Fristen werden angesetzt.

Hamburg, 18. Jan. 1918.

Gustav Winnefeld
Goppendorferweg 147, 1.

Hansa-Theater.

Sonntags, 24. Jan. ab 7 Uhr

Die keusche Susanne.

Sonntag, den 20. Januar, abends 7 Uhr.

Zum ersten Male:

Julebens Flitterwochen.

Operette mit Tanz in 4 Bildern von Otto Schwarz.

Nachm. 3 Uhr: Kleine Preise

Zum letzten Male:

Verheiratete Junggesellen.

Mittw. 21. Januar:

Julebens Flitterwochen.

Lübecker Juwelen- und Goldankaufswoche.

Frauen und Männer in Stadt und Land!

Das gewaltige Ringen um Deutschlands Sein und Nichtsein steht vor seiner Entscheidung. Fest gegründet ist in jedes Deutschen Herz die Zuversicht, daß unser Vaterland aus diesem Völkerkampfe als Sieger hervorgehen wird. Aber noch sind wir nicht am Ziel. Es gilt, und jetzt besonders, alle Kräfte einzusetzen, um in dem letzten und entscheidenden Endkampf den Vernichtungswillen unserer Feinde ganz zu brechen.

Frauen und Männer Lübecks! Eins der unerlässlichen Mittel, um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu steigern und den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft fest zu sichern, bildet die Stärkung unseres Goldschahes. Die Abgabe von Juwelen und Gold gehört zu den notwendigen Rüstungsarbeiten, die denen obliegen, die fern vom Kampf ihrer bürgerlichen Tätigkeit nachzugehen in der Lage sind. In ganz Schleswig-Holstein, Hamburg und Lübeck wird darum in den Tagen vom 27. Januar bis 2. Februar eine Juwelen- und Goldankaufswoche veranstaltet, die dem Zwecke dienen soll, alles entbehrliche Gold und allen entbehrlichen Juwelenschmuck dem Vaterlande zuzuführen. Laßt auch in Lübeck den Ruf nicht vergebens erschallen! Ehre und Liebe zur Heimat gebieten Euch Frauen und Männern, dem Vaterlande in dieser ernsten Zeit alles zu geben. Gold verstecken, Goldschmuck tragen, heißt das Vaterland schädigen. Gebt darum, was Ihr besitzt. In der deutschen der deutschen Städte werden wir nicht vergebens unseren Ruf an die Opferwilligkeit aller Schichten der Bevölkerung richten, wenn wir bitten:

Bringt Eure Juwelen und Euren Goldschmuck an die Goldankaufsteller:

Goldschmied G. Schwartzkopf, Breite Straße 73.

Zentrale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2.

Lübeck, den 20. Januar 1918.

Der Ehrenausschuß für den Goldankauf im Gebiete der freien und Hansestadt Lübeck.

Senator J. H. Eschenburg, Vorsitzender.

Der Arbeitsausschuß.

Senator Heinr. Evers, Vorsitzender.

267

Konzertthaus
Zauberflöte.
Täglich Konzert von Damenkapelle 'Zevohra'
Anfang 7 Uhr.
L. Kock.

Theater für die Jugend.

im Marmorsaal d. Stadttheaters

Sonntag, den 20. Januar 1918:

Nachm. 1/3 Uhr:

Zum letzten Male!

Hänsel und Gretel.

Kasseneröffnung 2 Uhr. (252)

Vorverkauf bei Ernst Robert, Breite Straße u. Holstenhaus.

Morgen, Sonntag, den 20. Januar 1918 im Restaurant **Monopol**, Johannisstr. 25

Geflügel-Ausstellung.

Eröffnung 11 Uhr vormittags. (256)

Wetzlicher Sonntagsdienst am Sonntag, 20. Januar: (254) Dr. Pée, Pferdemarkt 14. Dr. Dinkgraeve, Moiel, Allee 22. Dr. Dr. Wodrig, Fleischhauerstr. 17

Stadttheater.

Sonabend, den 19. Jan. 1918:

Anfang 7 Uhr:

Lübecker Schauspielgemeinde:

Clavigo.

Von W. von Goethe.

Rote Karten.

Sonntag, den 20. Januar 1918: Vormittags 11 1/2 Uhr:

Vortrag von Dr. L. Schmidt, Musikkritiker des Berliner Tageblatts:

Ariadne auf Naxos.

Mitwirkende: Kapellmeister H. B. Wetzler und Darsteller der Oper.

Nachmittags 3 Uhr:

Die verlorene Tochter

Abends 7 Uhr:

Der Troubadour.

Dienstag, den 22. Januar 1918: Anfang 7 Uhr:

Lübecker Schauspielgemeinde:

Clavigo.

Blaue Karten.

St. Georg und unermüdet erhalten wir die neustrucirte Nachricht, das mein langjähriger bester Mann, mein lieber Bruder, mein lieber Sohn und Bruder, Schmeichler, Schwager und Onkel, der Unteroffizier (259)

Peter Oldenburg

geboren am 21. August 1858, 2. Klasse im 32. Lebensjahre dem glorreichen Kriege zum Opfer gefallen ist. Seine Witwe begehrt von uns allen.

Anna Oldenburg geb. Deike
Hamburg.
Hans Oldenburg, Balingen
Hans Oldenburg, Lübeck.

Sohlenschrone

geb. am 11. 6. Braun Nachf. Lederwaren, Schuhmacher u. Son 1-3 geschloßen.

6 Pfg. per Pfd.

ausgekämmtes Frauenhaar.

Lissauer,

8 Kleiner Schragen 8.

Brauerei zur Wakenhölle

Hansa-Brauerei A.G.

Lübeck.

Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

Bavaria-Brauerei

Königs-Bräu

Hamburg-Lübeck

Ludwigstr. 231 Tel. Nr. 474

Fabrik- und Export-Brauerei

Dr. Julius Schöber

Leitung: W. W. W. Große Burgstr. 5

Praktischer Wegweiser

empfehlensw. Geschäfte

Henrich Waller

Brauerei

Herrn Wegweiser

Hilfs-Unterzeuge

Hilfs-Unterzeuge

Wilhelm Bakfort

Leitung: W. W. W. Große Burgstr. 5

Schneiderei Kiel

werden überall bevorzugt.

Carl Rohde

Lederhandlungen

Hamburg

Schlesw. Hofstr. 10

Leitung: W. W. W. Große Burgstr. 5

Thüringer Wurstfabrik

August Scheere

G. m. b. H.

Wurstfabrikation

Lübecker Wurstfabrik

Emil Aland

W. H. Schmidt Nachf.

Leitung: W. W. W. Große Burgstr. 5

Kennar bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu

Aktienbrauerei Lübeck

Ettis

Mews Mühle, Mühlensfabrikate

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Ich liebe Rußland!

Von Maxim Gorki.

Vorbemerkung der Redaktion: Wir entnehmen diesen Auszug des berühmten Dichters und Sozialisten der „Nawoja Schin“, nicht um seinem Standpunkt vorbehaltlos beizutreten, sondern um unsern Lesern ein lebenskräftiges Augenbildnis aus den geistigen Kämpfen des russischen Sozialismus zu geben. Zu bemerken ist, daß Gorki sich selbst zu den Bolschewiki gerechnet hat, jetzt aber offenbar einzusehen beginnt, daß auch der fortgeschrittenste Sozialismus mit den Lebensnotwendigkeiten des eigenen Volkes und den Bedingungen seiner sozialen Entwicklung zu rechnen genötigt ist.

Wer nicht langer Zeit beschuldigte man mich, daß ich mich „den Deutschen verkauft“ habe und „Rußland verrate“; jetzt beschuldigt man mich, daß ich mich „den Kadetten verkauft“ habe und „die Sache der Arbeiterklasse verrate“.

Mich verletzen diese Anschuldigungen nicht, sie regen mich nicht einmal auf. Sie lenken mich nur auf unrohe und wenig schmeichelhafte Gedanken über die Sittlichkeit der Gefühle der Ankläger, über ihr soziales Selbstbewußtsein.

Hören Sie, meine Herren, schleudern Sie sich denn nicht allzu leicht gegenseitig all die schmutzigen Anwürfe ins Gesicht wegen Verrat, Untreue, moralische Unzuverlässigkeit? Wollte man Ihnen glauben, dann ist ganz Rußland von Leuten bevölkert, die nur die eine Sorge haben, das Land zu verkaufen und einander zu verraten!

Wenn Sie so sorglos einer den anderen des Verrats, der Treulosigkeit, des Eigennutzes, der Falschheit beschuldigen, so stellen Sie sich und ganz Rußland als ein ausschließlich von unehrlichen und gemeinen Leuten bevölkertes Land dar. Und Sie sind doch selbst Russen.

Wie Sie sehen, ist das sehr amüßant, aber noch mehr ist es gefährlich, weil allmählich und unauffällig diejenigen, die dieses schmutzige Spiel treiben, sich selbst einreden können, daß ganz Rußland wirklich ein Land unehrlicher und käuflicher Leute sei, und daß daher „auch wir nicht schlechter seien als die anderen“!

Stellen Sie sich nur vor: unsere Revolution wird bald mit japanischen, bald mit deutschem Gelde gemacht, die Gegenrevolution — mit dem Gelde der Kadetten und Engländer. Wo ist unsere viel gerühmte Gewissenhaftigkeit, unser Idealismus, unsere Heldenjagen von ehrlichen Freiheitskämpfern, unser Don-Quixotismus und alle anderen guten Eigenschaften des russischen Volkes, die so laut in Wort und Schrift von der russischen Literatur besungen worden sind?

Ist das alles Lüge?

Begreifen Sie doch, wenn Sie einander Gemeinheiten vorwerfen, dann klagen Sie sich selbst, die ganze Nation an.

Wir scheint, ich schreibe einfach und verständlich genug, so daß aufgeklärte Arbeiter mir nicht „Verrat an der Sache des Proletariats“ nachsagen können. Ich betrachte die Arbeiterklasse als eine mächtige Kulturkraft in unserem dunklen Rußland, und ich wünsche von ganzer Seele die Entwicklung und die Hebung der russischen Arbeiterklasse. Ich habe wiederholt ausgeführt, daß die Industrie eine der Grundpfeiler der Kultur ist, daß die Entwicklung der Industrie zur Rettung des Landes, zum Zweck seiner Europäisierung notwendig ist, daß der Fabrikarbeiter nicht nur der Volkstraeder fremden Willens, sondern auch ein Mensch ist, der seinen eigenen Willen, seinen Geist durchsetzt. Er hängt nicht von den Elementarkräften der Natur in dem Maße ab, wie der Bauer, dessen mühsame Arbeit unsichtbar ist, keine Spuren hinterläßt. Alles, was der Bauer erarbeitet, verkauft er und verzehrt er. Seine Energie wird von dem Boden ganz absorbiert, während die Arbeit des Arbeiters auf der Erde verbleibt, sie schmückend und dazu beitragend, daß die Kräfte der Natur immer mehr den Interessen des Menschen dienlich gemacht werden.

In diesem Unterschied der Arbeitsbetätigung wurzelt der tiefe Unterschied zwischen der Seele des Bauern und des Arbeiters, und ich betrachte den aufgeklärten Arbeiter als den Aristokraten der Demokratie.

Das ist es: Aristokratie innerhalb der Demokratie — das ist die Rolle des Arbeiters in unserem Rußland, so muß sich der Arbeiter fühlen. Leider fühlt er nicht so. Es ist einleuchtend, wie hoch die Rolle der Arbeiterklasse in der Entwicklung der Kultur Rußlands einschläge, und ich habe keinen Grund, diesen Standpunkt zu ändern. Außerdem: in mir liegt die Liebe zum arbeitenden Mann, das Gefühl meiner Blutsverwandtschaft mit ihm und die Achtung vor seiner großen Arbeit. Und schließlich: ich liebe Rußland!

Die Volkskommissare lächeln verächtlich. O, selbstverwundlich! Das tötet mich nicht. Ja, ich liebe Rußland qualvoll und sorglos, ich liebe das russische Volk.

Wir Russen sind ein Volk, das noch nicht frei gearbeitet hat, das noch keine Möglichkeit hatte, alle seine Kräfte und seine Fähigkeiten zu entfalten; und wenn ich daran denke, daß die Revolution uns die Möglichkeit freier Arbeit, allseitiger Schaffensfreudigkeit gibt, so füllt sich mein Herz mit großer Hoffnung und Freude, sogar in diesen verdammten Tagen, die mit Blut und Alkohol beflackt sind.

Von da an beginnt die Linie meines entschiedenen und unversöhnlichen Auseinandergehens mit der wahnwitzigen Tätigkeit der Volkskommissare.

Ich halte den Ideenmaximalismus für sehr nützlich für die unerlöste russische Seele: er hat in ihr große und kühne Bedürfnisse großzügig, die so notwendige Schloßfertigkeit und Aktivität hervorzubringen, in dieser tragen Seele Initiative zu fördern und überhaupt — ihr Form und Leben zu geben.

Aber der praktische Maximalismus der Anarchokommunisten und Phantasten aus dem Smolny (Sich der Bolschewiki. Red. d. „L. B.“) ist für Rußland und vor allem für die russische Arbeiterklasse verderblich.

Die Volkskommissare behandeln Rußland als Versuchsmaterial. Das russische Volk ist für sie, was das Pferd für die gelehrten Bakterologen, die dem Pferd Tophus einimpfen, damit es in seinem Blut die Antiphosphuslymphe erzeugen soll. Nun ausgerechnet einen derartigen brutalen und von vornherein zum Mißerfolg verurteilten Versuch veranstalten die Kommissare mit dem russischen Volk, ohne daran zu denken, daß das geplagte, halbverhungerte Pferd krepieren kann.

Die Reformatoren aus dem Smolny kümmern sich nicht um Rußland. Kalkül ist unsern sie Rußland im Namen ihres Traumes von der Welt- und der europäischen Revolution.

In den gegenwärtigen Bedingnissen des russischen Daseins ist für die soziale Revolution kein Platz, weil es unmöglich ist, von heute auf morgen 85 Proz. der Bauernbevölkerung des Landes zu Sozialisten zu machen, einer Bevölkerung, von der außerdem mehrere Zehnmillionen nomadische Krenbstämme sind.

Durch diesen wahnwitzigen Versuch wird vor allem die Arbeiterklasse zu leiden haben. Als die Avantgarde der Revolution, wird sie in dem Bürgerkrieg als erste der Vernichtung ausgeliefert. Wird aber die Arbeiterklasse erschlagen und dezimiert, so werden die besten Kräfte und Hoffnungen des Landes vernichtet werden.

Daher sage ich, indem ich mich an die Arbeiter wende, die sich ihrer kulturellen Bedeutung für das Land bewußt sind: der politisch aufgeklärte Proletarier muß sich seine Stellungnahme zur Regierung der Volkskommissare kritisch überleeren, muß mit Bedacht sich ihr soziales Tun ansehen.

Meine Meinung ist aber die: die Volkskommissare untergraben und vernichten die Arbeiterklasse Rußlands, sie türmen entsetzliche und widerwärtige Komplikationen vor der Arbeiterbewegung auf. Sie wollen die Gesetze der Vernunft nicht mehr gelten lassen, sie schaffen dadurch unüberwindliche Bedingnisse für die gesamte zukünftige Arbeit des Proletariats und für den ganzen Fortschritt des Landes.

Mir ist es gleichgültig, wie man mich für diese meine Meinung in der Regierung der Experimentatoren und

Phantasten nennen wird, dagegen ist mir das Los der Arbeiterklasse und Rußlands nicht gleichgültig.

Und solange ich kann, werde ich dem russischen Proletarier einprägen:

„Du wirst ins Verderben geführt! Du wirst als Material für einen unmennechtlichen Versuch ausgenutzt! In den Augen deiner Führer bist du doch immer nicht Mensch!“

Aus der preussischen Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Donnerstag endlich die Generaldebatte über die drei Vorlagen zu Ende geführt. Die Sitzung verlief namentlich gegen Schluß infolge des Eingreifens des konservativen Führers stellenweise recht stürmisch. Der konservative Führer richtete kräftige Angriffe periphrastischer Natur gegen den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. Friedberg, weil dieser sich auf die königliche Botschaft bezogen habe, obwohl er selbst noch bis vor kurzem als Abgeordneter sich als Gegner des gleichen Wahlrechts bekannt habe. Der Redner spielte hierbei an auf eine Rede, die der damalige Abgeordnete Dr. Friedberg im Oktober v. Js. in Hannover gehalten hat. Im übrigen schilderte er die seiner Ansicht nach aus dem gleichen Wahlrecht dem preussischen Staat drohenden Gefahren, er malte hierbei schwarz in schwarz und stellte es so dar, als ob Preußen dadurch dem Untergang geweiht sei. — Aus der Erwiderung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums ging hervor, daß ihm der Hinweis auf seine frühere Haltung nicht gerade angenehm war. Er zog sich damit aus der Situation, daß er erklärte, daß die Lage sich durch die Zuliberalisierung geändert habe. Er habe sich allerdings gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, habe aber durchblicken lassen, daß die Stellung seiner Freunde sofort eine andere würde, wenn die Regierung auf ein Pluralwahlrecht verzichtet. Er habe es für seine Pflicht gehalten, nach laugen Sträuben das ihm angebotene Amt anzunehmen, um in einer so schweren innerpolitischen Krise, wie sie damals bestand, sich seinem königlichen Herrn nicht zu entziehen.

Sachlich ist aus der Debatte hervorzugehen, daß die Redner der Konservativen, der Freikonservativen und der Nationalliberalen — letztere mit einer einzigen Ausnahme — sich wiederum entschieden gegen ein gleiches Wahlrecht ausgesprochen. Unter den Gründen, die sie dabei vorbrachten, waren die Rückwirkung auf das Gemeinwohl und die Rückwirkung auf die Parteipolitik vertreten. Die Vertreter dieser drei Parteien hielten es so dar, als ob es nach Einführung des gleichen Wahlrechts unmöglich sei, die Minderheiten in den gemäßigteren Gebieten zu schützen. Als ein weißer Hase entsappte sich ein Nationalliberaler, der sehr energisch für das gleiche Wahlrecht sich ins Zeug legte und darauf hinwies, daß, wenn die Kräfte aus dem Jahre zurückkehren und hören, daß ihnen das gleiche Wahlrecht vorenthalten sei, dann ein Sturm der Entrüstung sich über bemächtigen und daß dann der Wahlrechtskampf erst recht von neuem entflammen würde.

Von unserer Seite griff Genosse Hirsch in die Debatte ein, um die von den Gegnern des gleichen Wahlrechts vorgebrachten Gründe zurückzuweisen und zu betonen, daß die Arbeiterklasse sich eine solche Behandlung, wie die Kommission sie ihr zuteil werden lassen wollte, nicht gefallen lassen werde. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch weitere Kreise des Mittelstandes empfinden die Art, wie hier verhandelt werde, direkt als eine Verhöhnung. Die Herren mögen sich bewußt sein, daß sie die Verantwortung für die Form tragen, die der Wahlrechtskampf in Zukunft annehmen werde.

Nach dem bisherigen Gang der Debatte kann man annehmen, daß von den Mitgliedern der Kommission die Konservativen, die Freikonservativen und fast alle Nationalliberalen gegen das gleiche Wahlrecht sind. Das Zentrum ist in seiner großen Mehrheit zwar für das gleiche Wahlrecht, will aber seine endgültige Stellungnahme davon abhängig machen, daß die Einleitung der Wahlkreise in der Verfassung festgelegt wird und daß ferner in der Verfassung Kantons dagegen geschaffen werden, daß die jetzige Schul- und Kirchenpolitik keine Änderung erfährt. Unbedingte Anhänger des gleichen Wahlrechts sind nur Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten. Redner man noch die vereinzelten Ausnahmen der übrigen Parteien hinzu, so kommt man zu dem Resultat, daß sich unter den 20 Kommissionsmitgliedern gänzlichfalls ein Drittel Anhänger des gleichen Wahlrechts befinden.

Gegen den Widerpruch der Linken und des Zentrums bezüglich der Kommission, die Spezialberatung mit der Vorlage betr. die Zusammenfassung des Herzogtums zu beginnen. Die nächste Sitzung soll an dem ersten Sitzungstagen der nächsten Woche, voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag stattfinden.

Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

1. Fortsetzung.

Ich sollte mich entscheiden, wozu ich den meisten Beruf habe, und ich fühlte doch gar nichts von dergleichen in mir. Wenn ich einen Maler sah, so spürte ich in mir den Künstler und glaubte, es müßte mir gar nicht schwer werden, in diesem Fache Glänzendes zu leisten. Sah ich dagegen einen Studenten mit kurzem Sammet, weißer Mütze und langen, buntfarbigen Trenchen an der Spitze, so war ich überzeugt, daß ich alles das mit ebendem Aufwand führen würde, also emstens einen trefflichen Studenten abgeben könnte. Ebenso erging es mir, wenn ich in den öffentlichen Gerichtssälen die Advokaten plädieren hörte, oder wenn ich Sonntags auf der Waghparade die Offiziere geschietelt und gedübelt einherpazieren sah. Und glücklicherweise hatte auch der Handelsstand einen Platz in diesem Idyllenreize. Das Kontorleben kam mir freilich nicht eben angenehm vor, und das Stehen hinter dem Ladentisch schien mir sogar unerträglich; aber in meinen kindlichen Träumen war der Handelsstand in unseren Städten nur eine der niedrigsten Stufen des Gewerbes, über die man sich auf einen höheren Standpunkt zu schwingen habe, wo man den Handel in ganz anderem Lichte erblickt. Dabei schwebte mir immer der Kommerz in den Seeflächen vor, von dem ich aus meiner Grammatik etwas hatte kennen lernen. Da sah ich mich denn mit meinem Pult dicht am Ufer des Meeres, um Schiff und Ladung aus der ersten Hand zu empfangen, und ließ mir gleich von den Matrosen schöne Geschichten erzählen, wie es drüben unter den Wilden und Hottentotten aussehe.

Meine Großmutter ging nun die verschiedenen Arten des Handelsstandes mit mir durch, und meine älteste Tante besuchte mich dieselben von allen Seiten. Zuerst kam der Fabrikant; diesen verworf ich von vornherein, weil er nicht in die Welt hinauskommt, sondern immer hinter seinen Maschinen leben bleibt. Dann wurde mir der Engros Händler vorgestellt, gegen den ich mich ebenfalls entschied, da er beständig über den Büchern liegt und mit den Waren selbst, die mit ihrem eigentümlichen Duft und ihrer seltsamen Verpackung so schön an die fernen Länder erinnern, wo sie herkommen, fast gar nicht in Berührung kommt. Wechselgeschäfte waren mir von jeher in den Tod zuwider und zwar wegen eines eigenen Vorfalls. Ich hatte einst mit dem Sohn eines Bankiers intime Freundschaft geschlossen, war aber von ihm einem anderen Jungen meines Alters, der einen besseren Kod trug, überhaupt rächer und vornehmer war als ich, aufgesperrt worden. — Meine Großmutter, der ich dies traurige Ereignis damals erzählte, rügte mich mit darauf in ihrer Weise:

„Wer viel Geld im Beutel hat, dessen Herz ist kalt und matt.“ Ich merkte mir das Sprichwort und nahm mir vor, nie ein Bankier zu werden und viel Geld zu bekommen, damit mein Herz nicht matt und kalt werde.

So war denn nach Beleuchtung dieser verschiedenen Handelsarten noch eine einzige übrig, für die sich meine Verwandten einstimmig erklärten, hauptsächlich weil die Erlernung derselben am wenigsten kostete. Es war dies das Handelsgeschäft in seinen kleinsten Anfängen, der Spezereiladen. Ich ließ mir den Vorbehalt gefallen, und der ganze Familienrat freute sich darüber, mit Ausnahme der Schmiedin, deren Tränen während der ganzen Verhandlung sachte herabgeträufelt waren und jetzt wieder mit erneuter Gewalt flossen.

„Ach“, jammerte die Schmiedin, „jezt soll das Kind ein Krämer werden und nicht ein Pfarrer, wie der selige Herr gewollt hat! Ach, Frau Pastorin“, wandte sie sich an meine Großmutter, „ich habe während seiner ganzen Kindheit seine Neigungen beobachtet und sah es mir nicht ausreden, daß er ganz zu einem Pfarrer geboren ist. Sie hätten ihn sehen sollen am Sonntagnachmittag, wenn es draußen regnete und er mit anderen Kindern in der Stube spielen mußte. Denken Sie sich, Frau Pastorin, da nahm er sich eine schwarze seidene Schürze von mir, und ich mußte ihm von weißem Papier einen Krug machen, wie ihn die geistlichen Herren tragen — so lang — und dann stellte er sich auf ein paar Stühle und hielt den anderen Kindern eine Predigt, ganz wie in der Kirche. Sie bestand just wie dort aus zwei Teilen. Ach, das war gar zu schön!“

Fast hätte mich die Schmiedin verführt, aus neue ein Duet mit ihr zu weinen; aber meine Großmutter sagte ziemlich ernst: „Sei Sie doch klug, Jungfer Schmiedin; man muß einem Kind nie dergleichen vortragen, was es doch nie erreichen kann. Sag! Sie ihm lieber etwas Gutes über den Kaufmannstand. Freilich“, setzte die alte Frau mit einem Seufzer hinzu, „sah ich meinen Enkel auch lieber auf der Kanzel als hinterm Ladentisch. Aber der Wille des Herrn geschehe!“

Die Schmiedin, die eigentlich eine sehr kluge Person war, fügte sich mit großem Lalt und es dauerte nicht lange, so verscherte sie den anwesenden Damen, ich sei ein äußerst kluges Kind und habe eigentlich zu allem Talent. „Ach“, jagte sie unter Tränen hervorlächelnd, wie die Sonne an einem Apriltage, „wann er einmal Kaufmann ist, so wird er gewiß ein guter Korrespondent werden. Denken Sie sich, Frau Pastorin, da war der alte Herr, der Briefträger — Gott hab ihn selig! er ist lange tot und begraben — der brachte dem seligen Herrn die Briefe, und da wollte der Junge auch seine Briefe haben und nahm immer Papierstreifen und machte Briefe daraus, ja, und gab sie dem alten Herr, der

sollte sie wegzugan, und da hätten Sie die Freude sehen sollen, wenn der am andern Tag dem Kind dieselben Briefe als Antwort zurückbrachte. Dann nahm er meine Briefe, setzte sie auf und las in den Papieren umher, ganz wie der selige Herr, kopfschüttelnd und lachend. O Gott, o Gott!“

So war es denn im Familienrat beschlossen und von mir genehmigt, daß ich meine kaufmännische Laufbahn in einer Spezereihandlung beginnen sollte. Ich hatte die Anfangsgründe dieses Geschäfts einigermaßen schon bei meiner Tante studiert und bildete mir ein, daß es nicht schwer sein würde, mich zu einem tüchtigen Kaufmann heranzubilden. Was meine Familie demog, mich diesem Geschäftszweige zu widmen, war neben dem Geldpunkte die Rücksicht, daß ich, um eine derartige Stelle zu finden, wahrscheinlich die Stadt nicht zu verlassen brauchte. — Meine Großmutter nahm daher die neuesten Lokalblätter vor, um unter den Anzeigen nach einem Anerbieten zu suchen. Es fanden sich auch mehrere, doch führten sie alle eine Bedingung mit sich, die sich mit meinen Verhältnissen nicht vertrug. So hieß es: „Der Lehrling erhält Kost und Wohnung bei seinem Prinzipal, wofür eine angemessene Vergütung bezahlt wird.“ Ein andermal war mit anderen Worten dasselbe gesagt: man forderte vom eintretenden jungen Menschen jährlich ein gewisses Lehrgeld, wofür er Kost und Logis erhalten sollte.

Der Familienrat suchte lange vergeblich, um etwas zu finden, das ohne dergleichen unangenehme Bedingungen wäre, aber vergeblich, und so wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, eine Anzeige in die Zeitung zu entwerfen, in der ich dem christlichen Mittelstand empfohlen und als Lehrling angetragen würde. Meine Großmutter nahm zu diesem Zweck einen Bogen Papier vor sich, spitzte die Feder und fing an zu schreiben, während ihr die Schmiedin über die Ähnel sah, wobei sie ihr Säugspießchen bereit hielt; ihr abnehmendes Herz sagte ihr, daß sie bald wieder in den Fall kommen würde, einige bittere Tränen über mein Wohl zu vergießen. — Wirklich hatte auch die Großmutter kaum ein paar Worte geschrieben, so begann die Schmiedin ihr Gesicht zu verzieren, schüttelte den Kopf und jagte, die Augen voll Wasser: „Aber Frau Pastorin, das Kind ist ja kein Subjekt.“ — Ich hörte hoch auf, und selbst meine Tanten sahen bei dieser Äußerung meine Großmutter fragend an; diese aber jählich weiter, ohne sich irremachen zu lassen, und als sie geneckt hatte, hob sie das Papier empor und las: „Ein junges Subjekt von guter Familie, ohne Vermögen, aber mit den nötigen Vorkenntnissen versehen, sucht eine Stelle in einem Spezereiladen, um dieses Geschäft zu erlernen, kann aber für Kost und Logis, die es im Hause haben müßte, nur eine sehr mäßige Vergütung zahlen.“

(Fortsetzung folgt)

Konferenz der Tabakarbeiter.

Im November hatte eine Konferenz von Vertretern des freien, des christlichen und des kirchlich-Dürftigen Tabakarbeiterverbandes die Forderung an die Fabrikanten gestellt, daß die bisher gewährten Zulagen auf 60 v. H. der Friedenslöhne zu erhöhen seien. Die Forderung wurde den Fabrikantenorganisationen sofort unterbreitet. Bevor noch der Deutsche Tabakverein Stellung zu der Forderung genommen hatte, empfahlen einige seiner Unterverbände, so der Bezirksverein Gießen und Umgebung, der Verband der Untermittelständigen und der Fabrikantenverband für Hamburg-Altona, ihren Mitgliedern eine Erhöhung der Zulagen auf 50 v. H. der Friedenslöhne. Auch der Westfälische Zigarrenfabrikantenverein, der dem Deutschen Tabakverein nicht angeschlossen ist, empfahl die Zulagen für Zigarrenarbeiter auf 50 v. H. für Sortierer auf 35 v. H. zu erhöhen. Der Zentralverband Deutscher Zigarrenfabrikanten, eine Vereinigung der mittleren und kleinen Fabrikanten, beschloß, die Zulagen auf 50 v. H. zu erhöhen, dagegen erhielt die Hamburg-Altonaer Ortsgruppe dieses Verbandes die Zulage auf 60 v. H. der Friedenslöhne. Dann nahm der Deutsche Tabakverein in einer Sitzung seines Ausführenden am 13. Januar 1918 Stellung und beschloß, daß es sowohl der Friedenslöhne als auch der Zulagen gewährt werden soll, wobei die nicht als Kriegszulage gewährten Lohnsteigerungen mit eingerechnet sein sollen, die Durchführung in einzelnen aber den Bezirksvereinen bzw. den Betrieben zu überlassen. Nachdem der Deutsche Tabakverein in beschloß, hat eine weitere Reihe Unterverbände dieser Organisation Stellung genommen und den Arbeiterorganisationen das Resultat mitgeteilt, während andere es bisher nicht für nötig gehalten haben, überhaupt Stellung zu nehmen, oder die Arbeiterverbände von dem Resultat ihrer Beschlüsse zu unterrichten.

Am 10. Januar 1918 fand nun wiederum eine Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände in Frankfurt a. M. statt, um zu den Beschlüssen der Fabrikantenorganisationen Stellung zu nehmen. Die Aussprache auf dieser Konferenz war eine lebhaft. Allgemeine Bewunderung kam darüber zum Ausdruck, daß es sowohl der Deutsche Tabakverein wie die übrigen Fabrikantenorganisationen nicht zu einer vollen Anerkennung der Arbeiterforderungen hätten kommen lassen, zumal eine größere Anzahl Fabrikanten heute 60 v. H. und mehr als Lohn beim Feuerungszulage zahlten. Es ist auch anzusehen, daß die hohen Fabrikatspreise heute wohl möglich, eine solche Erhöhung des Lohnes vorzunehmen. Wenn man jedoch bedenkt, die hohen Feuerungsleistungen hätten, wegen der hohen gestiegenen Preise die Zulagen nicht auf 60 v. H. erhöhen können, wie sie lagen, so müßten sie an geeigneter Stelle sich um höhere Preise bemühen, die Tabakarbeiter können darunter nicht leiden, zumal eine Erhöhung der Zulagen auf 60 v. H. an sich die wirtschaftliche Lage eines Fabrikanten verschlechtern würde. Schlimmster wurde der Beschluß, die Zulagen bei den verschiedenen Fabrikanten, einen Unterschied in der Zulage bei den verschiedenen Gruppen der Arbeiter zu machen. Während man den Zigarrenarbeitern und Sortierern 60 v. H. gewähren sollte, habe man 25 v. H. für Sortierer, 35 v. H. für Sortierer usw. niedrigere Löhne in Aussicht genommen. Das ist als nicht gerecht zu betrachten. Lebhaftes Bedauern wurde allerdings darüber laut, daß es durch die Schuld der Fabrikantenorganisationen immer noch nicht gelungen war, zu einer einheitlichen Regelung der Lohnfrage, ja noch nicht einmal zu einer einheitlichen Beschäftigungsfrage zu kommen. Fast allgemein es, als sei durch den Beschluß des Deutschen Tabakvereins, die Durchführung der einzelnen Beschlüsse dem freien, dem christlichen und dem kirchlich-Dürftigen Tabakarbeiterverband zu überlassen, ein Schritt nach rückwärts getan worden, zumal der Beschluß, die Zulagen auf 60 v. H. zu erhöhen, nur jeder Betrieb für sich auslegen werde. Als Antwort auf diese Stellungnahme wurde dann aus der Konferenz hervorgehoben, daß von den Arbeitern ebenfalls betriebsweise eine Rücksicht auf eine zentrale Regelung notwendig werden müßte. Man werde ja dann sehen, ob nicht diese Betriebe lieber eine zentrale Regelung vorziehen. Das wurde entgegengehalten, daß es Aufgabe der Tabakarbeiter sei, die zentrale und allgemeine Regelung der Lohnfrage zu fördern, die Zulagen nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern des ganzen Gewerbes, denn auf einer einheitlichen Grundlage könne man leichter und allgemeiner maßgebende Beschlüsse fassen, was nach den Tabakarbeitern eingetragenen müßte. Schließlich wurde die Konferenz auf folgende Entschlüsse:

Die am 10. Januar 1918 in Frankfurt a. M. abgehaltene Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände beschloß, daß es in der Tabakarbeiterfrage die Forderung der Fabrikantenorganisationen

immer noch nicht möglich gewesen ist, eine einheitliche Regelung der Zulagen der Tabakarbeiter betr. die Zulagen zu erzielen. Die Konferenz erklärt, daß sie es nach wie vor für nötig hält, die Lohnfragen auf zentraler Grundlage zu regeln, um so zu gebührenden Zuständen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen. Die Konferenz ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse am besten gefördert werden kann. Beschlüsse der Wünsche der drei Tabakarbeiterverbände, wie sie die Vertreterkonferenz am 16. November 1917 formuliert hat, bringt die heutige Konferenz mit Bedauern zum Ausdruck, daß die gewünschten 60 v. H. Zulage nicht von allen Organisationen der Fabrikanten ihren Mitgliedern gegenüber zur Zahlung empfohlen worden sind. Ferner hält es die Konferenz für ungerechtfertigt, daß die einzelnen Gruppen der Tabakarbeiter von einem Teil der Fabrikantenorganisationen bezgl. der Zulagen verschieden behandelt werden.

Die Konferenz der drei Tabakarbeiterverbände empfiehlt nunmehr der Tabakarbeiterorganisation, als Mindestzulage überall 50 v. H. zu erstreben und dort, wo eine solche Zulage nicht erreicht worden ist, erneut mit Hilfe der Organisationen vorzugehen, um so zu der nötigen Einheitlichkeit in der Zulagengewährung zu kommen und die Lebenshaltung der Tabakarbeiter zu verbessern.

Es wird nun das Bestreben der Tabakarbeiter und ihrer drei Organisationen sein, die Zulagen, die bisher meistens 30-35 v. H. betragen, auf mindestens 50 v. H. zu bringen, soweit sie durch die Bewegung nicht bereits auf diesen Satz gebracht sind.

Neuer Ausbruch des Vesuv.

Der in der unmittelbaren Nachbarschaft der Stadt Neapel gelegene Krater des Vesuv hat seit mehreren Tagen wiederum seine unheilvolle Tätigkeit begonnen. Große Massen von Lava entströmen den zahlreichen Rissen des Kraterandes und wälzen sich in westlicher und südwestlicher Richtung die Abhänge hinab dem Meere zu. In erster Linie scheinen wieder die Orte am Meere bedroht zu sein, die schon während der Ausbrüche der letzten Jahre besonders gefährdet erschienen und



in denen in erster Linie Torre Annunziata, Torre-del-Grasco, Nocera, Resina und San Giuseppe gehören. Auch Boscoreale soll von seinen Einwohnern bereits verlassen sein. Die italienische Regierung hat sofort die Räumung aller bedrohten Ortschaften angeordnet. Der Vesuv ist einer der wenigen feuergebenden Berge, deren Tätigkeit seit Menschengedenken ununterbrochen andauert hat. Bekannt ist namentlich der Ausbruch des Jahres 79 n. Chr., dem bekanntlich die Städte Herculaneum, Pompei und Stabiae am Opfer fielen; ferner die Ausbrüche von 1631, 1763, 1794, 1850, 1868, 1872 und 1906.

Nus Nah und Fern.

Wieder ein Urlaubszug verunglückt.

Königsberg, 18. Januar. Von amtlicher Stelle wird gemeldet: Am 18. Januar, 3 Uhr 10 Min. früh, ist der Urlaubszug 3809, nach Riga, mit dem Personenzug 102 zwischen Pamletten und Argeningten, dicht bei letzterem Bahnhof, zusammengestoßen. Es sind bisher 25 Tote und 50 Verletzte geborgen. Der Materialschaden ist bedeutend. Der Betrieb der Strecke ist auf etwa 24 Stunden gestört.

Infolge des starken Schneefalls führen die Havel, Saale, Berta, Jutza, Rhein, Mosel und andere Flüsse Hochwasser. In Jena und Göttingen sind infolge dessen ganze Stadtteile voneinander getrennt. Der Verkehr wird durch Notbrücken und Rähne aufrechterhalten. Der Saalbahnhof ist völlig unterbrochen. Bedrohliche Meldungen kommen auch aus anderen Städten.

Im Oberger Harz zerbrechen die gewaltigen Schneemassen erschreckend schnell und die Harzflüsse, die nach gestern wasserarm dalagen, führen heute schon gewaltige Wassermengen ab. Der starke Eisgang macht das Hochwasser noch besonders gefährlich. Der Dieb, bei dem der Eisbruch Mittwoch mittag eintraf, führt Eisstücke von eineinhalb Fuß Dicke und mehreren Meter Größe zur Ebene, die bald in noch größerem Maße als im Vorjahr überschwemmt sein dürfte.

Das Hochwasser der Leine ist derart gestiegen, daß die Gegend von Salzherbergen bis Ilfeld und darüber hinaus einer ungeheuren Wasserwelle gleicht. Es ist weiteres Steigen des Hochwassers zu erwarten, wenn erst die Schneewasser aus dem Harz noch hinzutreten.

Die Rahe hat auf weite Strecken das Land überschwemmt. Bei Dietersheim ist der Damm zebrochen, das Wasser hat einen Teil des Ortes überschwemmt. Der Schaden ist groß. Die Feuerwehren der umliegenden Orte und die Militärfeuerwehr aus Bingen sind zur Hilfeleistung herangezogen. Die Einwohner sind auf die Dächer geflüchtet, sie werden durch Nachen aus ihrer Lage befreit. Es ist noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten. Auch an anderen Stellen sind Dammbauwerke vorgekommen.

Infolge der Regengüsse und der Schneeschmelze sind in der Hinterzahl große Überschwemmungen eingetreten. Eine Anzahl Dörfer steht unter Wasser und der Eisenbahnverkehr ist teilweise gesperrt. Infolge eines Dammschusses ist bei Kusel ein Personenzug entgleist, wobei mehrere Personen getötet wurden.

Auch ein Zeichen der Zeit. Ein zeitgemäßes Inserat veröffentlicht die Heidelberger Neuesten Nachrichten. Es heißt dort: „Junagelasse (etwa 30 Jahre alt) ist, da er nicht über genügend Heimmaterial verfügt, um sein Zimmer warmhalten zu können, auf diesem Wege bei einer Familie meistens am einem Abend in der Woche (nach dem Nachmittags) einen warmen Unterbund. Sufferber ist eine gesellige Natur und ist nicht immer abends im Wirtshaus sein. Familien, die geneigt sind, einem Gast einen Platz am warmen Herd zu gewähren, werden gebeten um.“

Bei dem Eisenbahnunglück in Rinn a. d. Nahe, das, wie berichtet, durch Entgleisung eines Urlaubszuges sich ereignet hat, wurden 25 Personen getötet und ebenfalls verletzt. Der Zugverkehr auf der Nahebahn ist unterbrochen.

Zwei britische Torpedojäger gesunken. Die englische Admiralgilt teilt mit: Zwei britische Torpedojäger sind auf der Rückfahrt zu ihrem Standpunkt während heftigen Schneesturmes in der Nacht zum 12. Januar an der schottischen Küste gescheitert und mit Mann und Maus untergegangen. Nur ein Matrose wurde gerettet.

Im Sturm untergegangen. „Central News“ meldet aus Amerika: In amerikanischen Häfen werden dauernd Seelente durch einlaufende Dampfer mitgebracht, die in See oder in fremden Häfen aufgebrochen sind. Die Schiffbrüchigen stammen von Schiffen, die infolge der letzten Stürme auf See untergegangen sind. Schiffbrüchige in Amerika haben berechnet, daß es sich dabei um insgesamt einhunderttausend Tonne Laderaum und zwar ausschließlich um solche Schiffe handelt, die zu schwer beladen waren. Einige Dampfer hatten mehr als das Doppelte ihres Ladevermögens an Bord, und sie waren in kurzer Zeit nicht mehr in der Lage, im Sturm zu manövrieren. Auch eine Kolke des Arizones!

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwanitz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Göttingen in Preuss.

Guterhalt. Gangbude

billig abzugeben. Paul Lohrmann, Hundestraße 95.

Carl Folkers Möbelmagazin
25 Mariesgrube 25.
Vollst. Wehewesenrichtungen.
Selbsthergestellte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmermöbel stets vorrätig.
Fernsprecher 2734.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Erläuterungen.
1. Heft: Politik und Krieg - Grundzüge der sozialen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pfg.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 16.

Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck.
Außerordentliche Ausübung der Vertreter.
Montag, den 28. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Herrmanns (Bürgerverein) Königstr. 25.
Tagesordnung:
1. Genehmigung der Grundlohnbeschlüsse der Ortskrankenkassen der Sozialisten, des Roten, Starke- und Wachengebäude, Erhöhung der Beiträge.
2. Einträge Kasseneingetragener.
Bei Veränderung des Ausschusses wird der Vertreter ausgesprochen, wenn drei Mitglieder drei Tage vor der Sitzung bei der Kasse beantragt sind.
Der Vorsitzende der Ausschüsse können der Versammlung als Zuhörer teilnehmen.
Lübeck, den 15. Januar 1918.
Der stellv. Vorsitzende des Vorstandes.
Joh. Böcker.

Drucksachen aller Art
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Verbot wieder aufgehoben!

Eröffnung von allem heftigen Erdbeben durch ein neues Staatsgesetz v. J. C. Bilz.

Inhalt: Der Weltkrieg. - Fürsorge für die heimkehrenden Krieger. - Friedensvorschlag und Friedensbedingungen. - Grundzüge einer neuen Staatseinrichtung. - Armut, Nahrungs- und Gesundheitsfragen kommen im neuen Staat nicht mehr vor. - Der Staat zahlt jedem Menschen ein ausreichendes Gehalt auf Lebenszeit. - Nur täglich dreistündige Arbeitszeit für alle. - Das Weltparlament. - Mehr Lebensfreude für jung und alt. - Die sozialistische Partei. - Verstaatlichung von Grund und Boden, sowie sämtlicher Betriebe. - Das Naturgesetz verlangt eine internationale Weltorganisation. - Der Mensch ist das Produkt seiner Verhältnisse. - Die schlimmen heutigen Verhältnisse haben wir uns selber. - Ehe oder freie Liebe und Naturheile. - Das Heiraten der Mädchen wird immer schwieriger. - Mit Einführung der freien Liebe und Naturheile wird es besser. - Krümmen der Religion führen zum Atheismus. - Vorschläge für Strenggläubige. Welche Religion ist die richtige? - Naturgemäßere Erziehung. Vermeidung von Krankheit und Stiefmutter aller Art und vieles andere mehr. - Jeder Mann und jede Frau sollte dies Buch lesen und verbreiten helfen, um sich und der ganzen Menschheit eine glücklichere Zukunft vorzubereiten, wonach sich heute alle Völker sehnen. - Herr Fabrikant C. in G. bestellte erst ein Exemplar. Nachdem er es gelesen, bestellte er sofort noch 100 Exemplare nach und schrieb: „Der Inhalt des Buches ist ein edler Same auf das Feld der Menschenerziehung. Wer ich will die zum Wohle der Menschheit dienende Schrift verbreiten helfen.“ Preis 3 Mk. Porto 30 Pfg. Zu bez. d. alle Buchhandl. Bilz Sanatorium, Dresden-Kadebeul, u. Bilz Verlag, Leipzig. (272)

St. Gertrud-Schweinegilde.

General-Versammlung
am Sonntag, d. 20. Januar 1918 abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Gutsche, Arminstraße 33.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal und vom Jahre 1917.
2. Berichten des Statut.
3. Fortführung des Kassierergelbes.
4. Wahl von Vorstandemittgliedern und Kassieren.
5. Berichtendes.
6. Neuzugewählter.
Der Vorstand.

2. vo'ktümlicher Abend
am Freitag, 25. Januar 7 1/2 Uhr im Hansatheater.

Aus der Vortragssoloe: Liedervorträge von He. in Fritz Bähne, Klavier-vorträge von Fräul. Grete Evers, Ansprache von Fräulein Elise Barfels, Deklamationen neuerer Dichtungen und Auführung des Lustspiels „Er ist nicht ersücht“ durch Mitglieder des Hansatheaters. Programm, das zum Eintritt befreit, 3) Pfg. (261) Vorverkauf im Holstenhaus, bei Robert und bei Nahe.

Wer gibt mehr?

Der, der sein Leben für Dich, Deine Lieben, Dein Haus einsetzt oder Du, der Du eine Gabe zur Linderung der Kriegsnot opferst? — Danach richte Dich, wenn Du Deinen Beitrag zur Kaisergeburtstagspende für das Rote Kreuz Bankkonto: Spar- und Anleihekasse leistest.